

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 45

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anders als Anderson wollte

Finanzsekretär Anderson und Unterstaatssekretär Dillon forderten 650 000 000 Dollar zusätzlich von Westdeutschland um die Stationierungskosten der amerikanischen Truppen im Ausland zu entlasten. (Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz.)

Um seine Verbündeten, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, zu einer vermehrten finanziellen Beteiligung an den Nato- und Stationierungsausgaben sowie zur Entwicklungshilfe zu gewinnen, hatten der US-Staatssekretär Anderson und Unterstaatssekretär Dillon Besuche in Bonn, Paris und London gemacht und sind indessen wieder nach Washington zurückgekehrt.

Ihre Erwartungen sind jedoch nur zu einem geringen Teil in

Erfüllung gegangen, so besonders, was die Bereitschaft des Wirtschaftswunderlandes, der Bundesrepublik Deutschland, anbetrifft. Aber auch sonst scheinen die Verbündeten kein allzu gutes Musikgehör für die amerikanischen Wünsche in finanzieller Hinsicht zu besitzen, denn Anderson und Dillon lehnten es bei ihrer Ankunft in Washington ab, die Fragen der Journalisten zu beantworten.

Aus einer der Presse übergebenen Erklärung geht immerhin hervor, dass die Gespräche in Bonn in «äusserst freundlicher Atmosphäre» geführt worden seien und gezeigt hätten, dass beide Seiten ein «gesundes internationales Finanzsystem auch für die weitere Sicherheit der Völker der freien Welt für erforderlich hielten». Auch bestehe zunehmendes Verständnis für die amerikanische Auffassung, dass eine Verbesserung

der amerikanischen Zahlungsbilanz unerlässlich für die Aufrechterhaltung des Finanzsystems der freien Welt sei. Von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der USA-Delegation will Anderson nichts wissen.

Die «Sonderkommission für nationale Ziele» veröffentlichte inzwischen auf Weisung Präsident Eisenhowers einen Bericht, in dem ausgeführt wird, die USA müssten ihre Militärbündnisse, besonders die Nato, aufrechterhalten und festigen und die Mitglieder des Bündnisses müssten grössere Verantwortlichkeiten übernehmen. Weiter wird in dem Bericht u.a. gesagt, die Wahrung der amerikanischen Unabhängigkeit erfordere wirksame Gegenmassnahmen. Die USA sollten überall dort fest bleiben, «wo, wie z. B. in Berlin, unsere Verpflichtungen und Interessen das Ziel der offenen Opposition der UdSSR bilden».

Auch einer Verstärkung der Verteidigung gegen das kommunistische China und der Engergestaltung der Beziehungen zu den Alliierten im Fernen Osten wird das Wort geredet.

Nicht Castro allein

Die andauernden lateinamerikanischen Spannungen machten sich diese Woche vor allem in Venezuela bemerkbar. Streiks, Studentendemonstrationen, Tote und Verletzte bei Strassenunruhen waren das Facit des Wochenendes in Caracas.

In Guatemala ergab sich ein Rebellenführer, und auch in Nicaragua und Costa Rica vermochten die Regierungen vorläufig mit den revolutionären Gruppen fertig zu werden. Ob und wie weit diese tatsächlich von Kuba aus unterstützt werden, ist immer noch nicht mit Sicherheit festgestellt. Jedenfalls dürften es in einigen lateinamerikanischen Staaten nicht unbedingt allein die Kommunisten sein, die Unzufriedenheit bekunden.

Am Rande ...

Wie aus Nepal verlautet, hat China entlang der indisch-nepalesischen Grenze Raketenstützpunkte gebaut.

John F. Kennedy, senior, — der Junior ist letzte Woche eingetroffen — musste seinen Stimmentvorsprung auf Nixon weiter dahinschwinden sehen. Dafür kam aber ein verloren gegangenes Glückwunschtelegramm Winston Churchills zum Vorschein, das den President Elect um so mehr gefreut haben dürfte, als er dem greisen englischen Staatsmann grosse Bewunderung entgegenbringt.

370 britische Offiziersaspiranten der königlichen Militärakademie von Sandhurst flogen nach Portugal, um auf dem Gelände der portugiesischen Armee in Santa Margarita weiter ausgebildet zu werden.

Auf Cape Canaveral wurde ein meteorologischer Satellit «Tiros 2» abgeschossen, der 23 000 Aufnahmen verschiedener Regionen der Erde und der Wolkenschichten liefern soll. Die sowjetische Agentur Tass bezeichnet Tiros als einen Spionagesatelliten.

In Algerien wie gleichzeitig im Mutterland wird in der ersten Hälfte Januar 1961 eine Volksabstimmung über den künftigen Status Algeriens durchgeführt. Zum Generaldelegierten der Regierung in Algerien wurde anstelle von Paul Delouvrier, der abberufen wurde, Jean Morin, Präfekt des Departements Haut Garonne, ernannt.

Die neuseeländische Labour-Regierung erlitt nach dreijähriger Amtszeit bei den Parlamentswahlen eine Niederlage und musste den Sieg der konservativen «National Party» anerkennen.

Mauretanien, das 100. UNO-Mitglied

Unabhängig, aber nicht sorgenfrei

Nach zum Teil heftigen Debatten, die um die Monatsmitte vor der Uno eingesetzt hatte, erhielt Mauretanien, trotz der Proteste und Drohungen Marokkos, das das kleine Land annektieren möchte, und seiner Verbündeten (darunter auch die Sowjetunion) seine Unabhängigkeit zuerkannt.

Bei den Vertretern Mauretaniens wie auch im Volk des unabhängigen gewordenen Staates und 100. Mitgliedes der Vereinten Nationen herrscht Freude und Genugtuung über das Ereignis, das denn auch mit Feierlichkeiten begangen wurde. Das Land, so erklärte der Vizepräsident der Nationalversammlung

Mauretaniens, Souleymane Ould Cheik Sydia, werde in Ruhe an die Aufbauarbeit gehen können. Wie weit das der Fall sein wird, steht allerdings noch nicht fest, da von seiten Marokkos, das in diesem Zusammenhang einen «Tag des nationalen Protestes» ausrief, heftige Anklagen und Drohungen gegen den neuen freien Staat erhoben werden, dies aber auch an die Adresse Bourguibas, d. h. Tunesiens. Weder die bedauerliche Haltung Tunesiens in der Mauretanienfrage noch irgendeine andere analoge Haltung könne Marokko daran hindern, seine Absichten zu verwirklichen, wird ausgeführt.

Somit dürfte ein neues Problem aufgeworfen worden sein, das in Zukunft die Uno und die Weltöffentlichkeit beschäftigen wird.

Kreml und EFTA

Der finnische Staatspräsident Kekkonen ist von seiner Moskareise mit der Versicherung Chruschtschews zurückgekehrt, dass dem Beitritt Finnlands zur Efta von seiten der Sowjetunion nichts Ernstliches entgegenstehe. Damit dürfte in nächster Zeit die Kleine Freihandelszone der äusseren Sieben auf acht (mit Liechtenstein neun) Mitgliedstaaten anwachsen. Dass der Kreml seinen Widerstand gegen den Anschluss Finnlands an einen westlichen Wirtschaftsbereich aufgab, liegt u. a. in einer Linie mit seiner der freien Welt gegenüber forcierten Handelspropaganda.

Seilziehen in Laos

Nachdem der Laotische Ministerpräsident vergangene Woche die Beteiligung von Angehörigen der kommunistischen Pathet-Lao-Bewegung im Kabinett angekündigt hatte, haben bald darauf Verhandlungen mit Sowjetbotschafter Abramow stattgefunden, die dazu führten, dass die Sowjetunion der Regierung von Laos in Vientiane eine Million Liter Benzin aus Hanoi in Nordvietnam liefern werde. Die UdSSR wird ausserdem die am dringendsten benötigten Güter zur Verfügung stellen, vor allem Milch, Zucker und Mehl.

Die USA benützten diesen Anlass, um den Prinzen vor den Gefahren zu warnen, die für Unabhängigkeit und Neutralität jedes Landes mit der Annahme wirtschaftlicher und militärischer Hilfe seitens des kommunistischen Blocks verbunden seien.

Im Zuge der Friedensbemühungen in Laos warnte der Ministerpräsident die prowestlichen Rebellen und sagte, es sei zu einer ausländischen Einmischung gekommen, von der «mehrere Leute profitierten».

Ein Sendbote des Prinzen, der nach Luang Prabang entsandt worden war, um König Savang Vathana vorzuschlagen, Massnahmen zur Bildung einer Regierung unter Mitwirkung des Pathet Lao zu ergreifen, ist ohne Antwort nach Vientiane zurückgekehrt.

Indessen werden im US-Staatsdepartement alle Gerüchte dementiert, wonach sich amerikanische Diplomaten nach Luang Prabang begeben hätten, um Kommunisten und rechtsgerichtete Elemente der Regierung Souvanna Phuma einander näherzubringen.

'Catanga Congolais'

Der kongoliesische Staatspräsident Kasavubu, als solcher von der Uno letzte Woche anerkannt, bemüht sich um eine Abklärung in der Frage des Katanga. Im Dezember soll in Elisabethville, der Hauptstadt der Provinz, die sich als unabhängiger Staat proklamiert hat, eine Konferenz über die künftige Struktur des Kongos abgehalten werden. Auch Tschombé, Präsident des Katanga, ist verhandlungswillig.